



Der Kampf um den Schutz des Embryos

Der Embryonenschutz steht unter Beschuss. Trotz der UN-Deklaration, in welcher die Staaten aufgefordert werden, jegliches Klonen beim Menschen zu verbieten, will eine mächtige Lobby das Verbot des Klonens von Menschen zu Forschungszwecken hierzulande kippen.

Von Tobias B. Ottmar

Lange Zeit galt in Deutschland eine Aufweichung des Embryonenschutz als tabu. Der Deutsche Bundestag stützt die restriktive Gesetzgebung auf diesem Feld bis auf den heutigen Tag mit einer breiten Mehrheit. Doch eine mächtige Lobby von Forschern und Investoren hält unvermindert dagegen: Die Verleihung des »Paul-Ehrlich und Ludwig-Darmstaedter-Preises 2005« an den »Dolly«-Schöpfer Ian Wilmut (60) Mitte März in der Frankfurter Paulskirche stellte denn auch so etwas wie einen Paukenschlag dar. Auch wenn die Paul-Ehrlich-Stiftung offiziell bestreitet, Wilmut wegen seiner geplanten Klon-Experimente am Menschen ausgezeichnet zu haben, so kommt dem geschickt eingefädelten öffentlichen Ehrenakt doch quasi die Funktion eines Neustarts der zuletzt ins Stocken geratenen Klon-Debatte bei. Und die Bundesregierung spielt mit: Hatten deutsche Vertreter noch vier Tage zuvor bei der UN-Vollversammlung in New York einer Empfehlung

zugestimmt, die den Mitgliedsstaaten eine Ächtung aller Formen des Klonens beim Menschen nahe legt, so will die Bundesregierung das geltende Embryonenschutzgesetz nun offenbar aufweichen. In seiner Regierungserklärung vom 17. März äußerte sich Gerhard Schröder

»Schröder leidet offensichtlich an Vergesslichkeit.«

Peter Liese (CDU), EU-Abgeordneter

(SPD) sehr deutlich zur anhaltenden Klon-Debatte: »Ich erinnere an die Debatten zum therapeutischen Klonen hier im Deutschen Bundestag, wo ich quer durch alle Fraktionen des Deutschen Bundestages – ich sage das mit allem Respekt – ein Maß an Zurückhaltung erlebt habe, das ich jedenfalls nicht für richtig halten konnte.« Dabei hat Schröder

der selbst den kritisierten Beschluss mitgetragen. »Schröder leidet offensichtlich an Vergesslichkeit«, so der Kommentar des EU-Abgeordneten Peter Liese (CDU). Bisher hatte Schröder lediglich indirekte Andeutungen zum Klonen gemacht, nun aber scheint es ihm an der Zeit, den Druck auf die Klonegegner zu erhöhen. Seine Forschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) steht ihm da kaum nach. Auf einem Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung meinte sie, man solle »in der Stammzellforschung verschiedene Türen offen lassen.«

Bei allem Negativen, was die Preisverleihung an Ian Wilmut mit sich brachte: Lebensrechtlern bot die Veranstaltung Gelegenheit, ihren Protest auf kreative Weise öffentlich zu machen. Auf Initiative der »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA) und der »Jugend für das Leben« wiesen Lebensrechtler in einer medienwirksamen Aktion, ausgestattet mit Schafs- und Schröder-Masken, vor der Frankfurter Paulskirche denn auch auf die Hinter

gründe hin: Im Grunde - so ist zu vermuten - geht es den Klonforschern nämlich nicht in erster Linie um die Heilung von Menschen, sondern um die Durchsetzung des profitabelsten Verfahrens. Denn ließen sich tatsächlich einmal mit embryonalen Stammzellen bislang unheilbare Krankheiten wirksam bekämpfen, wäre das Klonen menschlicher Embryonen und ihre anschließende Zerstörung dasjenige Verfahren, das die geringsten Kosten und die sattesten Gewinne verspricht. Die ethisch sowohl unproblematische als auch bislang erfolgreichere Forschung mit körpereigenen, so genannten adulten Stammzellen, würde, weil logistisch aufwendiger, hingegen weniger Profit abwerfen.

Bei den Medien fand die Aktion großen Anklang. Sehr zum Leidwesen der Klon-Befürworter zeigte der angekündigte Protest auch in politischer Hinsicht Erfolge: Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) ließ sich kurzfristig vertreten und auch Bundespräsident Horst Köhler - immerhin Ehrenpräsident der Paul-Ehrlich-Stiftung - kam nicht zur Preisverleihung. Rückenwind erhielten die Lebensrechtler zudem aus den Reihen der Union, der Grünen und der ÖDP. So bezeichnete die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, Wilmuts Aus-

»Die Entnahme von Eizellen setzt Frauen einem hohen Risiko aus.«

Entschießung des Europäischen Parlaments

zeichnung als »nicht verständlich« und verwies darauf, dass seine Forschungen in Deutschland strafbar wären.

Während sich Vertreter der SPD derzeit für das Klonen stark machen, hält der grüne Koalitionspartner bislang an seinem klaren Nein zum Klonen fest. Im Vordergrund der grünen Kritik stehen der undurchsichtige Eizellenhandel und deren Gewinnung, die für die Spenderinnen zuweilen lebensgefährlich sein kann. Die grüne Obfrau in der Bundestags-Enquetekommission »Ethik und Recht der modernen Medizin« Christa Nickels warf daher die Frage auf, woher Ian Wilmut eigentlich seine Eizellen bekäme. Schließlich würden für eine embryonale Stammzell-Linie rund 250 weibliche Eizellen benötigt. Die britische Embryonenbehörde HFEA (Human Fertilisation and Embryology Authority) bestätigte,

dass Wilmut Eizellen verwendet, die bei einer Sterilisation gewonnen wurden.

Auch das europäische Parlament sieht dieses Vorgehen sehr kritisch. In einer Entschließung vom 10. März 2005 wurde darauf hingewiesen, »dass die Entnahme von Eizellen unter anderem infolge der Überstimulierung der Eierstöcke, Frauen einem hohen medizinischen Risiko für das Leben und die Gesundheit aussetzt.« Nach Informationen von LifeSite.News war Anfang 2004 in Großbritannien eine 32-jährige Frau an einer hormonellen Überstimulation gestorben.

Die Entschließung des EU-Parlaments war Folge der Enthüllungen des britischen Senders BBC im Dezember 2004. Dieser hatte berichtet, dass gegen die rumänische

»Global Art Klinik« im Zusammenhang mit Eizellspenden staatsanwaltschaftliche Ermittlungen aufgenommen wurden. Re-

»Recherchen ergaben, dass Frauen Geld für Eizellen angeboten wurde.«

cherchen der ARD ergaben zudem, dass Frauen per Kleinanzeigen Geld für die Eizellen angeboten wurden. Inzwischen hat auch die rumänische EU-Vertretung eingeräumt, dass in der Bukarester Klinik menschliche Eizellen illegal gesammelt

INFO

Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preis

Der Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preis gehört weltweit zu den renommiertesten Medizinpreisen. Einige Wissenschaftler, die diesen Preis bekamen, wurden später auch mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.

Der Preis geht auf den Chemiker, Mediziner und Serologen Paul Ehrlich (1854-1915) zurück. Er gilt als »Vater der Chemotherapie«. Die Auszeichnung wird jedes Jahr durch die Paul-Ehrlich-Stiftung, die der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt/Main angehört, an dem Geburtstag Ehrlichs (14. März) verliehen. Dem Gremium, das über den jeweiligen Preisträger entscheidet, gehörten im vergangenen Jahr folgende Personen an:

Ehrenpräsident:

Dr. Horst Köhler
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Vorsitzender:

Hilmar Kopper
(Vorsitzender der Freunde und Sponsoren d. Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt/Main)

Weitere Mitglieder:

Prof. Dr. Josef Pfeilschifter
(Dekan des Fachbereichs Medizin d. Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt/Main)

Dr. Volker Grigutsch
(Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn)

Prof. Ruth Anon
(Weizmann Institute of Science, Rehovot)

Prof. Dr. Dr. Manfred Eigen
(Max Planck Institut, Göttingen)

Prof. Dr. Bernhard Fleckenstein
(Institut für klinische und molekulare Virologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen/Nürnberg)

Dr. Maurice Hillemann
(Merck Sharp and Dome Labore, West Point)

Prof. Dr. Joachim R. Kalde
(Institut und Polyklinik für klinische Immunologie Friedrich-Alexander-Universität Erlangen/Nürnberg)

Prof. Dr. Reinhard Kurth
(Robert-Koch-Institut, Berlin)

Prof. Dr. Hartmut Michel
(Max Planck Institut für Biophysik, Frankfurt/Main)

Prof. Dr. Erling Norrby
(The Royal Swedish Academy of Sciences, Stockholm)

Dr. Abner Louis Notkins
(National Institute for Dental Research, Bethesda)

Dr. Rino Rappuoli
(Institute for Immuno-Biological Research IRIS, Chion SpA, Siena)

Prof. Dr. Hans Wigzell
(Karolinska Institut, Mikrobiologie und Tumorbologie Center, Stockholm)

und befruchtet worden seien. Die rumänische Forschungsministerin Monica Macovei zeigte sich bei einem Treffen mit den Europaabgeordneten Hiltrud Breyer (Bündnis 90/Die Grünen) und Peter Liese (CDU) sehr besorgt über diese Entwick-



Löste neue Debatte aus: Klonforscher Ian Wilmut (links)

lung. Wie die Abgeordneten berichten, scheinen Gelder in Höhe von bis zu 1000 Pfund an die Eizellenspender geflossen zu sein. Andere Quellen sprechen »nur« von 200 bis 300 Pfund. Breyer meinte dazu: »Bei derartig hohen Summen kann nicht länger von einer Kompensation, sondern muss von einer Bezahlung gesprochen werden.« In einer einzigen rumänischen Klinik ständen mehr Spenderinnen zur Verfügung als in allen britischen Krankenhäusern zusammen. Angesichts dieser Entwicklung besteht die Befürchtung, dass Frauen in Ländern wie Rumänien zu Rohstofflieferanten degradiert werden.

Das Europäische Parlament sprach sich daraufhin mit einer Mehrheit von 307 zu 199 Stimmen gegen die Förderung der verbrauchenden Embryonenforschung aus dem europäischen Haushalt aus. Stattdessen sollten die EU-Mittel auf die Alternativen wie somatische Stammzellforschung (auch »adulte« Stammzellforschung genannt) und Forschung mit Stammzellen aus dem Nabelschnurblut konzentriert werden. Begründet wurde die Entscheidung unter anderem damit, dass die Charta der Grundrechte die Kommerzialisierung des

menschlichen Körpers und seiner Teile als solches verbietet. Damit ist ausdrücklich auch der Handel mit Embryonen untersagt. Bereits im vergangenen Jahr hatte der EU-Rat eine entsprechende Richtlinie verabschiedet. Liese, der auch

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-Fraktion ist, begrüßte das Votum des Parlaments: »Jetzt ist die Position klar. Wir müssen uns auf die Alternativen konzentrieren, die nicht nur ethisch vertretbarer sind, sondern auch in der Praxis schon zu Erfolgen bei Patienten geführt haben.« Für den CDU-Politiker sind die Vorkommnisse in Großbritannien und Rumänien ein Beleg dafür, »dass die Reproduktionsmedizin und die damit verbundene Forschung in Großbritannien keinesfalls so streng geregelt ist, wie die Befürworter immer behaupten. Zum Glück sind viele Menschen nachdenklich geworden, die bisher die britische Praxis verteidigt haben«, so der Abgeordnete.

EU-Forschungskommissar Janez Potočnik hält sich in der Frage des Klonens allerdings weiterhin sehr bedeckt. In einem Gespräch mit Vertretern der »Weltjugendallianz« (WYA), die in Brüssel für die umfassende Wahrung der Menschenrechte eintritt, sagte er, er versuche auf den Ethikrat zu hören. »Es ist ein sehr

STICHWORT

Forschungsklonen

Beim Forschungsklonen, das euphemistisch auch therapeutisches Klonen genannt wird, werden menschliche Embryonen durch Kernttransfer, Mehrlingspaltung oder auch Blastozystenpaltung erzeugt und bis zu einem Entwicklungsstadium (5-7) Tage kultiviert. Danach wird der Embryo zerstört. Aus den bei der Tötung des Embryos gewonnenen embryonalen Stammzellen werden neue Kulturen angelegt. Aus ihnen wollen Forscher Zellen züchten, die zerstörtes Gewebe bei kranken Menschen ersetzen sollen.

sensibles Thema«, so Potočnik. Jedoch betonte er, dass sich die EU mit ihrer Gesetzgebung weder dem liberalsten noch dem restriktivsten Staat annähern wolle. Der für Gesundheitsforschung zuständige Direktor in der EU-Kommission, Octavi Quintana Trias, ist da schon deutlicher. Er plädierte dafür, Klonprojekte auch weiterhin – mindestens bis 2013 – von der EU-Förderung auszunehmen. Im siebten EU-Forschungsrahmenprogramm wurde allerdings auf eine Formulierung verzichtet, die den Umgang mit einer so unethischen Forschung wie dieser regelt. »Theoretisch wäre es möglich, eine Technik, die in 24 Mitgliedstaaten verboten ist, und nur in einem Staat erlaubt ist, aus dem europäischen Haushalt zu unterstützen«, bemängelt Liese.

Der FDP bereitet ein möglicher illegaler Handel mit Eizellen keine Sorgen.

»Der FDP bereitet ein illegaler Handel mit Eizellen keine Sorgen«

Sie kämpft schon seit langer Zeit für eine liberalere Gesetzgebung. Die forschungspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Ulrike Flach, nannte denn auch die Kritik an der Preisvergabe an Wilmut »kleinkariert«. »Es ist eben nicht alles auf dieser Welt mit dem engen Maß des deutschen Stammzellimportgesetzes zu messen«, giftete Flach. Mit dieser Position steht die FDP unter den im deutschen Bundestag vertretenen Parteien zurzeit aber noch alleine da. Sowohl Teile der SPD-Fraktion als auch die gesamte CDU/CSU-Fraktion im Bundestag setzen sich bislang für die Wahrung des Embryonen-Schutzgesetzes und ein umfassendes Klonverbot ein.

Die Akteure der Paul-Ehrlich-Stiftung scheinen sich um die Proteste der Klongegner und die in Deutschland geltende Rechtslage nicht zu scheren. Stattdessen versuchen sie mit ihren Heilsversprechen das so genannte therapeutische Klonen attraktiv zu machen: Krebsforschung, Parkinson, Diabetes und andere Krankheiten sollen mit Hilfe der Embryonenforschung bald geheilt werden können. Ob das jemals gelingt, ist aber überaus fraglich. Selbst der Laudator Bernhard Fleckenstein räumte in seiner Laudatio auf Wilmut ein, dass »auf kürzere Sicht (...) das Klonen wohl nicht einsetzbar sein« wird. Gegenüber dem LebensForum stellt der CDU-Politiker Liese klar,



FERDINAND GREUTZ

Mit Dolly-Masken demonstrieren Mitglieder der ALFA gegen die Preisverleihung an Wilmut, der in Großbritannien jetzt Menschen klon.

INFO

Auszug aus dem Embryonenschutzgesetz

§ 2:

- (1) Wer einen extrakorporal erzeugten oder einer Frau vor Abschluss seiner Einnistung in der Gebärmutter entnommenen menschlichen Embryo veräußert oder zu einem nicht seiner Erhaltung dienenden Zweck abgibt, erwirbt oder verwendet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer zu einem anderen Zweck als der Herbeiführung einer Schwangerschaft bewirkt, dass sich ein menschlicher Embryo extrakorporal weiterentwickelt.
- (3) Der Versuch ist strafbar.

dass es keine Therapie gäbe, »die auf dem Klonen von menschlichen Embryonen basiert.«

Dass sich aus den von den Forschern begehrten befruchteten Eizellen jeweils künftige, mit sich selbst stets identische Menschen, kontinuierlich entwickeln, ficht die Klonbefürworter nicht an. Die Schutzwürdigkeit menschlichen Lebens beginnt für Forscher wie Fleckenstein offenbar erst später. »Ob volle Menschenwürde auch den genannten präembryonalen Phasen zukommt, ist weithin umstritten«, so seine Behauptung. »Gerade aus Sicht der heutigen Embryologie ist es kaum als sinnvoll anzusehen, einer totipotenten Einzelzelle einen solchen vollen Schutzanspruch zuzuweisen.« Das Embryonenschutzgesetz bezeichnete Fleckenstein gar als »ethisch widersprüchlich und wissenschaftsfeindlich.« Diesen klaren Angriff auf die deutsche Rechtslage geißelte der stellvertretende Chefredakteur des sonst so liberalen »Kölner Stadt-

Deutschland nicht eine wissenschaftsfeindliche Sicht habe, sondern vielmehr die Menschenwürde achte. Hüppe kritisierte die Entscheidung der Stiftung ausdrücklich: »Eine Stiftung, die mit Steuergeldern arbeitet, ist nicht als Plattform gegen Stammzellgesetz und Embryonenschutzgesetz geeignet.«

Die Mitfinanzierung des Paul-Ehrlich-Preises durch das Bundesgesundheitsministerium kann als Beleg dafür gelten, dass die Bundesregierung über diesen indirekten Förderweg versucht, den Embryonen-Schutz aufzuweichen. Doch die Verantwortung dafür weist das zuständige Ministerium von sich. Ein Sprecher des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) verwies auf die Unabhängigkeit des Stiftungsrats: »Dieses Gremium ist ein vollkommen unabhängiger, wissenschaftlicher Beirat. Wir haben da keinen Einfluss.« Doch das ist schlichtweg falsch. Schließlich sitzt auch ein Vertreter des Gesundheitsmini-

»Zweifellos beginnt menschliches Leben mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle.« (Oliver Brüstle, Stammzellforscher)

steriums im Stiftungsrat, der den Preisträger angeblich einstimmig auserkoren hat.

Auffällig ist, dass sich bei der Definition über den Beginn des menschlichen Lebens offenbar auch die Klonforscher selbst nicht einig zu sein scheinen. Während Wilmut den sieben Tage alten Embryo schlicht mit einem Sandkorn vergleicht, bestätigte der prominenteste deutsche Stammzellforscher Oliver Brüstle die allgemein gültige Definition des Beginns menschlichen Lebens. In einem Interview mit der Tageszeitung »Die Welt« sagte Brüstle: »Zweifellos beginnt menschliches Leben mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle« um aber gleich darauf die Frage aufzuwerfen, ob man diesem Menschen »dieselbe Schutzwürdigkeit beimessen (sollte) wie einem Embryo nach Einnistung in die Gebärmutter, sprich nach Eintritt der Schwangerschaft.« Grotesk wird es, wenn der Mikrobiologe Alexander Kekule das Klonen verteidigt und dabei auf die Abtreibungs-

praxis verweist: Während dort die Zerstörung von Embryos »alltäglich hingenommen« werde, begeben sich Deutschland mit seinem absoluten Nein zum Klonen in eine »Außenseiterrolle«, so Kekule in einem Kommentar für den Berliner »Tagesspiegel«. Wenn Abtreibung geduldet wird, könne man doch auch das Klonen erlauben, so die Argumentation vieler Klonbefürworter.

Die Grünen ziehen diese Schlussfolgerung bislang noch nicht, sondern stehen

zu ihrer ablehnenden Haltung. Bereits im Herbst 2004 bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Reinhard Loske, die Forschung mit geklonten embryonalen Stammzellen als »teure Sackgasse« und verwies auf Stammzellforscher, die dies ebenso sähen. Dass Deutschland sich mit seiner restriktiven Haltung, wie Kekule behauptet, in einer »Außenseiterrolle« befände, widerlegt Loske: »Deutschland steht mit seinem Verbot des Forschungsklonens in der EU im Übrigen nicht alleine. Im Gegenteil:

»Die Festung der Klongegner soll nun sturmreif geschossen werden.«

J. Frank, Chefredakteur »Kölner Stadtanzeiger«

worden sind diffuse Heilsversprechen anstelle handfester Erfolge in der Krankheitsbekämpfung«, so Frank.

Der stellvertretende Vorsitzende der Enquetekommission »Ethik und Recht der modernen Medizin« und Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe hielt Fleckensteins Äußerungen entgegen, dass

»In fast allen EU-Ländern ist das Klonen von Embryonen verboten.«

Reinhard Loske, Bündnis 90/Die Grünen

zu ihrer ablehnenden Haltung. Bereits im Herbst 2004 bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Reinhard Loske, die Forschung mit geklonten embryonalen Stammzellen als »teure Sackgasse« und verwies auf Stammzellforscher, die dies ebenso sähen. Dass Deutschland sich mit seiner restriktiven Haltung, wie Kekule behauptet, in einer »Außenseiterrolle« befände, widerlegt Loske: »Deutschland steht mit seinem Verbot des Forschungsklonens in der EU im Übrigen nicht alleine. Im Gegenteil:

In fast allen EU-Ländern ist das Klonen von Embryonen für Forschungszwecke verboten. Nur in Großbritannien und Belgien ist es erlaubt.« Die Bundestagsabgeordnete Christa Nickels unterstrich gegenüber LebensForum, dass die Grünen ihren klaren Kurs gegen das Forschungsklonen beibehalten würden. Auch die AG Gentechnik habe gegen die Förderung des Paul-Ehrlich-Preises an Wilmut protestiert. In einem Brief an Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD)

»In diesem Jahr beginnt eine neue Zeitrechnung.«

Hilmar Kopper

habe man ihr die Kritik der Grünen an der Teilfinanzierung der Auszeichnung mitgeteilt. »Verhindert hat das die Preisverleihung allerdings nicht«, so Nickels.

Das Vorgehen der Paul-Ehrlich-Stiftung kann sogar als versuchte Erpressung der Politik gewertet werden. Man könne nicht restriktive Gesetze machen



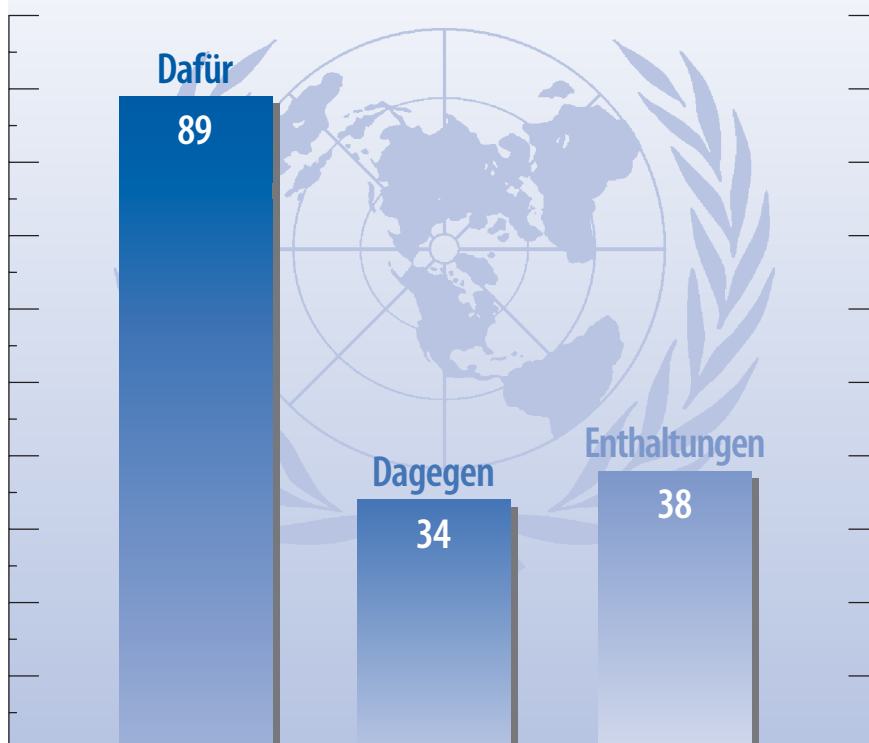
Hat klar gegen die verbrauchende Embryonenforschung gestimmt: Die UN Vollversammlung

und »die Gentechnik aus dem Land treiben und zugleich Wissenschaft und Wirtschaft beschimpfen, dass sie wegziehen«, kritisierte der Vorsitzende des Stiftungsrates der Paul-Ehrlich-Stiftung und frühere Deutsche Bank-Chef Hilmar Kopper bei seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche. Kopper, der bekanntlich die 25

Millionen Euro Verlust, welche die Deutsche Bank 1994 nach dem Zusammenbruch des Schneiderimmobilienimperiums hinnehmen musste, als »Peanuts« bezeichnet hatte, entpuppte sich auch bei der Feierstunde als Zyniker aller ersten Ranges: »Deutsche Unternehmen, die ihre einschlägigen Abteilungen rechtzeitig aus Deutschland verlagert haben«, lobte Kopper, »sorgen für Arbeitsplätze und zahlen Steuern. Nur eben nicht mehr hier.« Und er bekannte: Mit der Vergabe des Preises an Ian Wilmut habe man »ein Zeichen zu setzen« beabsichtigt. Dass der Preisträger in Großbritannien seit Anfang Februar tun darf, was ihn hierzulande für bis zu fünf Jahre hinter Gitter bringen würde, sei zwar, so Kopper »Zufall«, aber eben »Zufall mit Sinn«. Man hätte „keinen schöneren Zeitpunkt für die Auszeichnung« finden können, als

UN ächtet Klonen

Am 8. März verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York eine Deklaration, in der die Staaten der Welt aufgefordert werden, Gesetz zu erlassen, die sämtliche Formen des Klonens beim Menschen verbieten, da diese »unvereinbar mit der Menschenwürde und dem Schutz menschlichen Lebens« seien. 89 Staaten stimmten für die Deklaration, 34 dagegen, 38, darunter viele muslimische Staaten, enthielten sich der Stimme.



»Möglicherweise würde damit auf eine große Chance verzichtet.«

Prof. H. Michel, Max-Planck-Institut für Biophysik

den getroffenen. Denn, jubilierte Kopper, »soeben hat eine fortschrittsfreundliche Aufsichtsbehörde im Vereinigten Königreich dem Professor aus Edinburg grünes Licht gegeben, menschliche Embryonen zu klonen«. Fast konnte man den Eindruck gewinnen, die Paul-Ehrlich-Stiftung prämiere weniger einen Forscher als vielmehr eine Regierung, die 2001 als erste in Europa das Klonen von Menschen als Rohstofflieferanten legalisierte. »In diesem Jahr«, frohlockte Kopper, beginne

eine »neue Zeitrechnung«. »Der Arbeit mit embryonalen Stammzellen, auch solchen, die geklont sein werden, steht nichts mehr im Wege. (...) Ein Zurück gibt es nicht mehr.«

Auch ein dem LebensForum vorliegendes Schreiben der Paul-Ehrlich-Stiftung belegt, dass die Stiftung jeglichen Respekt vor der deutschen Rechtslage vermissen lässt: »Seien Sie versichert, dass der mit renommierten Wissenschaftlern international besetzte Stiftungsrat der Paul Ehrlich-Stiftung bei der Auswahl des Preisträgers sich in Übereinstimmung mit der Satzung an internationalen wissenschaftlichen Standards orientiert hat, die ganz überwiegend das therapeutische Klonen als Bestandteil der künftigen regenerativen Medizin begrüßen«, heißt es darin schwarz auf weiß. Diese »Standards« besitzen scheinbar einen höheren Wert

»Das ist ein schwieriges Thema aber wir dürfen es nicht auslassen.«

Franz Münterfering, SPD-Parteivorsitzender

als der mit viel Bedacht und zu Recht gesetzlich manifestierte Embryonenschutz.

Andere verweigern sich einer Stellungnahme wie das Robert-Koch-Institut, das über Einhaltung des Stammzellgesetzes zu wachen hat und dessen Direktor ebenfalls dem Stiftungsrat der Paul-Ehrlich-Stiftung angehört: »Zur Entscheidung für den Preisträger verweisen wir auf die Äußerungen der Stiftung und des Juryvorsitzenden«, so die lapidare Antwort des Instituts.

Fakt ist: Das Embryonenschutzgesetz ist in Gefahr – trotz parlamentarischer Mehrheiten. Schon vor gut einem Jahr versuchte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries das Gesetz zu lockern. Damals sprach sich Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (beide SPD) noch deutlich für die unbedingte Schutzwürdigkeit aus, mit der Begründung, dass derjenige, der die damalige Entscheidung des Bundestags unterlaufen wolle, »schon außerordentlich gute Argumente beibringen (muss)«. Was unter diesen »guten Argumenten« allerdings zu verstehen sei, ließ er offen. Dafür machte der SPD-Parteivorsitzende Franz Münterfering (SPD) in einem Interview mit der Wochenzeitung »Rheinischer Merkur« Anfang April deutlich, worum es seiner Partei geht. »Wir können nicht andere im Ausland forschen lassen, von ihren Ergebnissen profitieren,

uns selbst aber die Hände reinwaschen. Ich weiß, dass das ein schwieriges Thema ist, aber wir dürfen es nicht auslassen«, so Münterfering, der bekannte: Er lehne das Forschungsklonen nicht ab und sei dafür offen, weiter zu gehen.

Der in diesem Zusammenhang bereits schwelende Streit um die EU-Gelder für das Klonen aus Mitteln des siebten EU-Forschungsrahmenprogramms für die Jahre 2007 bis 2013 ist im Grunde aus deutscher Sicht grotesk: Schließlich hätte Deutschland von diesen Fördermitteln aufgrund der Gesetzeslage kaum etwas. Das Geld würde nur in Staaten fließen, wo das Klonen erlaubt ist. Allerdings würde eine Förderung die Argumentation der deutschen Klonbefürworter stützen. Denn die Angst, auf diesem Forschungsfeld international ins Hintertreffen und beim Kampf um die abzusteckenden Claims schließlich ins Abseits zu geraten, ist groß.

Wenn in Deutschland der Embryonenschutz fallen würde, hätte das nach Lieses Meinung auch für Europa »verheerende Folgen«. Schließlich habe Deutschland »als größtes Land und als Land mit einer sehr schlimmen Vergangenheit, was den Missbrauch der medizinischen Forschung angeht, eine Führungsrolle.«

Die Klon-Lobby ist stark. Zu den Befürwortern des Klonens lassen sich auch renommierte Forschungsinstitute in Deutschland zählen. So bedauerte Hartmut Michel, Professor am Max-Planck-Institut für Biophysik, die jüngste UN-Empfehlung zum Klonen: »Möglicherweise würde damit auf eine große Chance verzichtet, vielen Patienten zu helfen. Deren Lebensrecht würde durch die Akzeptanz einer solchen Entscheidung beeinträchtigt.«

Trotz der starken Lobbyarbeit, die auch deutsche Forscher zurzeit leisten, dürfte es für die Bundesregierung nicht leicht werden, den Embryonenschutz aufzuweichen. Nicht zuletzt nach den Medienberichten über die rumänische Klinik sind auch einige deutsche Abgeordnete sensibilisiert worden. Auch in der SPD gäbe es, so Liese, »entschiedene Gegner des so genannten therapeutischen Klonens.« Er sei sich deshalb auch relativ sicher, dass der Bundestag keine Liberalisierung beschließen werde. Eine sehr optimistische Einschätzung. In welche Richtung der Forschungszug letztendlich fährt, lässt sich derzeit aber kaum absehen. »Es wird sehr darauf ankommen, dass sich Jeder und Jede in ihrem Umfeld für das Leben einsetzt und sich möglichst kompetent in die Debatte einschaltet«, räumt denn auch Liese ein.

KURZ & BÜNDIG

ALFA warnt SPD vor Kurswechsel

Die »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALFA) hat die SPD vor einem Richtungswechsel beim Embryonenschutz gewarnt. »Wer Menschenleben wirtschaftlichen Interessen opfert, ist für anständige Menschen nicht mehr wählbar. Das gilt sowohl für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, als auch für die Bundestagswahl im kommenden Jahr«, erklärte die Bundesvorsitzende Claudia Kaminski. Äußerungen von Bundeskanzler Schröder sowie des SPD-Parteivorsitzenden Münterfering, die sich binnen kurzer Zeit nacheinander unmissverständlich für das in Deutschland verbotene Klonen von Menschen zu Forschungszwecken ausgesprochen hatten, sowie die jüngsten Formulierungen von Bundesforschungsministerin Bulmahn (SPD) zur Stammzellforschung stimmten »sehr bedenklich«. »Was sich in Deutschland binnen vier Wochen zusammengebraut hat, sieht verdächtig nach einem Kurswechsel aus.« Die ALFA werde sehr genau beobachten, wie sich die Regierung bei den Verhandlungen für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm verhält. Für den Fall, dass die Regierung etwas anderes unternehme, als vehement für die Beachtung der deutschen Rechtslage zu kämpfen, sondiere man »die Möglichkeit eines übergreifenden Bündnisses von Lebensrechtlern und anderen gesellschaftlichen Gruppen«, so die Ärztin, die auch Vorsitzende des Bundesverband Lebensrecht (BVL) ist. *reh*

Wandlungsfähig: Adulte Stammzellen

Stammzellen aus haarbildenden Follikeln können sich offenbar zu Nervenzellen entwickeln. Das haben Forscher festgestellt, die Mäusen die Zellen unter die Haut verpflanzten. Eine Woche nachdem sie unter die Haut der Spendertiere verpflanzt worden waren, entwickelten sich die Stammzellen zu Nervenzellen. Nach einigen weiteren Wochen bildeten sie ebenso Hautzellen, glatte Muskelzellen und so genannte Melanozyten, in denen Hautpigmente gebildet werden. Wie die Forscher um Robert Hoffman von der University of California in San Diego zeigten, bildeten diese Stammzellen auch ein Protein, das kennzeichnend für nervenbildende Stammzellen ist. »Diese Ergebnisse deuten darauf, dass Haarfollikel als leicht zugängliche Quelle für Stammzellen genutzt werden könnten«, berichtet das Magazin »Proceedings of the National Academy of Sciences«. Stammzellen könnten künftig Ersatzgewebe bilden, die Kranken implantiert werden, bei denen das Gewebe abgestorben ist oder seine Aufgabe nicht mehr erfüllt. Zur Gewinnung von adulten Stammzellen müssen im Gegensatz zu embryonalen keine menschlichen Embryonen erzeugt und zerstört werden. *reh*